

Landtags - Verhandlungen

des

Fürstenthums Lippe.

29.

Geschehen Detmold am Landtage den 16ten Juli 1849.

Morgens 11 Uhr.

Gegenwärtig sämtliche Abgeordneten; aus Fürstlicher Regierung Herr Regierungsrath Heldman und Herr Regierungsrath Meyer.

Das Protocoll der vorigen Sitzung wurde vorgelesen und genehmigt, sodann aber vom Schriftführer König was eingegangen bekannt gemacht, nämlich

1) eine an den Präsidenten des Landtags von Lemgo aus ohne Datum und Unterschrift durch die Post eingesandte Petition, die Amtsmusiken betr.;

2) eine Petition von Eingefessenen der Dorfschaft Talle, pachtweise Ueberlassung von Bredaischem Meiereilande betr., eingereicht durch den Abgeordneten Klocke;

3) eine Petition, unterzeichnet „W. Werder, Präsident“ und „Heinr. Stockmeyer, Schriftführer,“ die Ablösung der Grundlasten betr., übergeben durch den Abgeordneten Bunte;

4) eine eben so unterzeichnete Petition einer Volksversammlung zu Brake, sofortige Aufhebung des Schulgeldes, Aufhebung der Stolgebühren und Berücksichtigung der Nichtbesitzenden bei Gemeinheitstheilungen betr., eingereicht durch den Abgeordneten Bunte;

5) eine Petition theiliger Bürger zu Lage, einen Durchstich der Berre betr., übergeben durch den Abgeordneten Echterling;

6) eine Petition mehrerer Colonen zu Schwelentrup, Anpachtung eines Theils Wiesenfläche von der Meierei Göttrup betr., eingereicht durch den Abgeordneten Bornemeyer.

Diese Petitionen gehen zur Berichterstattung an die Petitionscommission.

Sodann reichte der Abgeordnete Schütz folgenden selbstständigen Antrag, den

den Erlaß eines Gesetzes, das Colonatrecht und den Erwerb des Eigenthums an Grundstücken betr., ein:

„Die Commission zur Prüfung des Gesetzentwurfs, Ablösung der Hudegerechtsame und Gemeinheitstheilung betr., hat ihre Arbeiten der Hauptsache nach vollendet.

Stattdem beantrage ich mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Sache:

Die Bildung einer Commission von sieben Mitgliedern des Landtags zur Prüfung resp. weiteren Ausarbeitung des Gesetzentwurfs das Colonatrecht betr. und des damit in enger Verbindung stehenden Gesetzes über den Erwerb des Eigenthums an Grundstücken.

Dieser Antrag bedarf wohl keiner näheren Begründung, da allgemein bekannt sein dürfte, wie sehr der Gegenstand das materielle Wohl der Landesbewohner bedingt und wie wesentlich er zur Lösung der Frage, wie dem fernern Verfall des Einliegerstandes vorzubeugen sei, beiträgt.

Detmold am 16. Juli 1849.

Julius Schück.“

Hierauf interpellirte der Abgeordnete Meyer das Bureau wegen der beschlossenen Versendung der Landtagsprotocolle durch die Post: obgleich nämlich die Barenholzer Abonnenten die Bestellung am 23. Juni c. gemacht — hätten dieselben doch erst vor Kurzem die Protocolle und zwar mit der Anzeige erhalten, daß die Protocolle außer mit dem Regierungsblatte nur einmal in der Woche versandt würden. Es sei ihm diese Angabe von dem Postbeamten zu Barenholz bestätigt worden.

Der erste Schriftführer, Abgeordneter König, bemerkte, die letzte Bemerkung namentlich sei dem Bureau ganz neu, es solle deshalb weiter nachgeforscht und Auskunft ertheilt werden.

Sodann wurde zur Tagesordnung übergegangen, zunächst zur Berathung des selbstständigen Antrags des Abgeordneten Echterling, die Negotiengebühren betreffend.

Abgeordneter Klocke gestand zu, daß bei dem Geldmakel mancher Unfug getrieben und daß es zweckmäßig sei, wenn das hier zur Sprache gebracht werde. Indes sei der vorgeschlagene Weg zur Abhülfe nicht geeignet. Der im §. 1 des Gesetzesvorschlags erwähnte Mißbrauch sei bereits mit Strafe bedroht. Die im §. 2 erwähnten Negotien seien bei kleineren Capitalien bis etwa zu 500 Rthlr. nicht zu hoch, wegen der mannigfachen Mühe, welche namentlich die Anschaffung des Geldes auf dem Lande verursache, sie könnten indes bei Capitalien bis 2000 Rthl. etwa auf 1½ Rthl., bei Capitalien über 2000 Rthl. auf 1 Rthl. vom Hundert herabgesetzt werden. In der Regel

Regel werde aber die Herabsetzung den Geldbedürftigen selbst schaden. Die öftere Kündigung sei das schlimmste Uebel, damit würden wucherlich in einem Jahre oft 4 % Negotien verdient. Indes sei er nicht dafür, die Freiheit des Verkehrs selbst in dieser Beziehung einzuschränken; er beantrage, den Antrag zurückzulegen, bis eine Revision des Leihcasse-Instituts erfolge oder die Gründung einer Landescreditecasse zur Sprache komme.

Abgeordneter Tenge pflichtete diesen Gründen bei und fügte noch hinzu, er halte ein Gesetz, wie das vorgeschlagene, durchaus nicht für practisch, weil es immer und leicht umgangen werden würde; er beantrage, den angeregten Gegenstand im Allgemeinen zur Prüfung und Eröffnung von Vorschlägen der sog. Schütz'schen Commission zu überweisen.

Abgeordneter Tappe war für den Gesetzesvorschlag, weil es sich hier um den Schutz der Unterdrückten und Schwachen handle, schilderte im Allgemeinen Fälle des größten Mißbrauchs aus eigener Erfahrung und meinte, man müsse noch weiter gehen, dem Blutsaugerwesen so gut wie den Diebstählen entgegentreten und die Namen der ertappten Blutsauger durch das Regierungsblatt bekannt machen.

Abgeordneter v. Stietencron wollte die gerügten Uebelstände und Inconvenienzen nicht verkennen; der Gesetzesvorschlag werde aber nur schlimm und nachtheilig für den Anleiher wirken, denn wer Credit habe könne sich offen nennen und werde leicht ohne Unterhändler Darlehne erhalten; in andern Fällen sei es billig, daß die oft bedeutende Mühe belohnt werde. Die 2 % Negotiengebühren seien indes nur herkömmlich, nicht gesetzlich bestimmt, man könne sie nur fordern, wenn sie auf Vertrag beruhten, also mit dem Unterhändler leicht ein anderes Abkommen treffen; auch habe man ja an der Leihcasse ein Institut, von welchem ohne solche Gebühren Anleihen zu erhalten seien. Er beantrage den Uebergang zur Tagesordnung.

Abgeordneter Hagemann rügte gleichfalls den Unfug, der bei dem Anschaffen von Capitalien getrieben werde; es sei das ein wahrer Krebs an der menschlichen Gesellschaft und es könne nur Abhilfe erfolgen, wenn Jeder, soweit seine Sicherheit reiche, aus der Leihcasse Geld gegen landesübliche Zinsen erhalten könne, der Rendant aber vom Staate besoldet werde.

Abgeordneter Petri I. bemerkte: für den Fall, daß Jemand von seinen eigenen Capitalien Negotien nehme, würden bereits die Wuchergesetze angewandt; die vom Abgeordneten Tappe erwähnten Fälle paßten nicht hierher, da sie gleichfalls groben Betrug und Wucher befaßten; indes sei in allen solchen Fällen der Beweis nach der Regel schwer zu erbringen.

Die im §. 2 des Gesetzesvorschlags beliebte Maßregel sei nur eine unpassende polizeiliche Bevormundung, da Negotiengebühren überall nur auf Grund

Grund eines Vertrags gefordert werden könnten, 2 % auch nicht die Regel bilden, denn namentlich bei größeren Capitalien seien die Sätze viel geringer.

Abgeordneter Böhmer ist gegen das Gesetz und überhaupt gegen polizeiliche Maßregeln in Angelegenheiten des freien Verkehrs; mit dem Gesetze werde Leuten ohne oder von nicht festem Credit die letzte Aushilfe, Geld zu erhalten, abgeschnitten; der Unfug sei auch im Allgemeinen nicht so groß, wie er geschildert worden; gesetzliche Bestimmungen, wie die vorgeschlagenen, würden immer umgangen werden; die freiesten Staaten kennen keine solche Einschränkungen.

Abgeordneter Leizmann hält den §. 1 des Gesetzesvorschlags durch die Bemerkung des Abgeordneten Petri I. beseitigt; für §. 2 aber sei er in sofern, als er die Festsetzung eines höchsten Satzes für dringend nothwendig halte, so gut wie beim Zinsfuß; was darüber hinaus genommen werde sei ebenso als Wucher zu betrachten; es sei dies ein negativer Schutz gegen die Despotie des Geldes, eine nur scheinbare polizeiliche Bevormundung im Interesse der Freiheit.

Von glaubhaften und ehrenhaften Männern seien ihm schauderhafte Beispiele, namentlich von solchen Personen erzählt, die selbst ihre öffentliche Stellung zu derartigem Wucher mißbraucht hätten.

Abgeordneter Meyer ist gegen jede derartige Beschränkung des Privatverkehrs; der Staat könne da nur indirect helfen durch Gründung von Hypothekenbanken oder anderer Creditanstalten, sonst werde man am Ende Handel und Verkehr selbst vernichten. Zur Beseitigung zweier bedeutender Uebelstände beantrage er indeß schon jetzt die nachfolgenden Bestimmungen anzunehmen:

1) Für Capitalien, welche aus öffentlichen Cassen dargeliehen werden, sind auch vom Anweisenden Negotiengebühren nicht anforderbar.

2) Im Staatsdienst Angestellte haben auf Negotiengebühren überall keinen Anspruch.

3) In Contraventionsfällen sind die gesetzwidrig gezogenen Negotien zu restituiren und zahlt der Empfänger 10 Rthl. Strafe.

Abgeordneter Hausmann ist für Festsetzung eines Maximum der Negotiengebühren zu 1 Rthl. vom Hundert, das sei keine polizeiliche Bevormundung, sondern eben so gerechtfertigt, wie die Festsetzung der Tare von allgemeinen Verbrauchsgegenständen, als Brod, Fleisch, Bier u. s. w.

Abgeordneter v. Stietencron ist gegen die Festsetzung eines Maximum, da es sehr bald zur Regel werden würde.

Uebrigens sei der Antrag des Abgeordneten Meyer ein selbstständiger.

Abgeordneter Tappe erklärte sich für den Hausmannschen Antrag, denn die Unterhändler seien stets Leute, welche hohen Gewinn suchten, meistens auch

auch mit den Capitalisten in der engsten Verbindung ständen, so daß man von diesen ohne sie Geld nicht erhalten könne.

Abgeordneter Echterling begründete seinen Antrag noch durch das Anführen: der gerügte Aufzug sei von allen Rednern eingestanden; überall sonst seien die Procente geringer, z. B. in Bremen erhalte der Geldmakler nur $\frac{1}{8}\%$; selbst gut gestellte Beamte trieben Mißbrauch mit dem Negotiiren; ein öffentliches Auftreten der Geldbedürftigen sei nicht möglich, im Regierungsblatt z. B. würden sie immer wieder den Maklern begegnen.

Abgeordneter Böhmer wollte noch berichtigen, daß in Bremen $\frac{1}{8}\%$ die Courtage für Waarengeschäfte sei.

Abgeordneter Echterling beantragte die namentliche Abstimmung über seinen Antrag.

Nach einer Debatte darüber, ob der heutige Antrag des Abgeordneten Meyer als ein selbstständiger zu betrachten sei? — wofür sich v. Stietencron, Petri I. und Schierenberg erklärten, weil der Antragsteller gegen den Gesetzworschlag selbst gestimmt habe und dieser das Maß der Gebühren, jener aber ein Verbot derselben in einzelnen Fällen betreffe — dagegen aber Abgeordneter Leizmann nach dem bisherigen Brauch des Hauses — und nachdem der Abgeordnete König bemerkt hatte, im Interesse des Meyer'schen Antrags selbst sei eine nähere Prüfung zu wünschen und heute darüber nicht abzustimmen — wurde per majora erklärt, daß der Antrag ein selbstständiger sei.

Sodann brachte der Vorsitzende, Präsident v. Cölln, die vom Abgeordneten Klocke beantragte motivirte Tagesordnung, nämlich den Antrag auf sich beruhen zu lassen, bis zur Beschlußnahme über die Einrichtung der Landescrediteasse, welchem Antrage Abgeordneter v. Stietencron nach Zurückziehung seines Antrags auf einfache Tagesordnung sich angeschlossen, zur namentlichen Abstimmung, da der Antrag darauf genügend unterstützt war.

Für die motivirte Tagesordnung stimmten mit Ja die Abgeordneten:

Schierenberg, König, Meyer, Klocke, v. Stietencron, Petri II., Schütz, Althof, v. Cölln, Böhmer, Oberbracht —

dagegen mit Nein die Abgeordneten:

Hausmann, Kulemann, Bunte, Stuckmann, Hagemann, Tenge, Petri I., Echterling, Leizmann, Tappe, Bornemeyer —

also 11 Stimmen dafür und 11 dagegen, da der Abgeordnete Hildebrand erst nach der Abstimmung im Hause erschien — so daß in nächster Sitzung nochmals über diesen Antrag abgestimmt werden muß.

Hierauf stattete der Abgeordnete Petri II. namens der Commission für
den

den Gesetzworschlag, die Ablösung der Hufeservituten und die Theilung der Gemeinheiten betreffend, den Bericht

Anlage 10.

ab, dessen Druck sofort angeordnet wurde.

Abgeordneter Meyer bemerkte zu demselben noch, er halte ein Recht der Einlieger auf einen Antheil an der Gemeinheit für begründet und sei gegen jede Erschwerung der Theilungen, stimme also in diesen Beziehungen dem Berichte nicht bei.

Es wurde sodann zur Berathung des Antrags des Abgeordneten Tenge, die Wahl allgemeiner Fachcommissionen betreffend, geschritten.

An der Debatte theiligten sich der Antragsteller und der Abgeordnete Leizmann für den Antrag, gegen denselben die Abgeordneten Klocke und Petri I., welche die Bildung von Commissionen für einzelne Vorlagen zweckmäßiger erachteten, sowie der Abgeordnete Meyer, welcher jedoch die Bildung der volkswirtschaftlichen Commission beantragte.

Bei der Abstimmung wollte der Antragsteller, daß über die einzelnen Commissionen der Reihe nach abgestimmt werde und zog seinen Antrag vorläufig zurück, als die Versammlung nur die Abstimmung über den ganzen Antrag für zulässig erklärt hatte.

Zu dem 4ten Gegenstande der Tagesordnung, dem Gesetzworschlage die Aufhebung des §. 3 der Gesindeordnung von 1795 betreffend, führte Herr Regierungsrath Meyer an, die Bestimmung stamme aus der Zeit der Leibeigenschaft, werde in den Städten längst schon nicht mehr gehalten und auf dem platten Lande in der Regel umgangen oder durch Zahlung einiger Thaler in die Armenkasse erledigt; sie stehe auch mit dem Heimathgesetze in Widerspruch, indem sie dort unter den Bedingungen, welche bei der Verheirathung zu erfüllen seien, nicht aufgeführt worden; endlich verstoße sie gegen die Freiheit der Erziehung.

Abgeordneter Klocke beantragte hierauf, das Gesetz ohne Debatte anzunehmen, welchem Antrage die Versammlung per majora entsprach.

Um den wichtigeren Commissionen die erforderliche Zeit zu ihren Sitzungen zu verschaffen, wurde sodann die nächste Sitzung auf Mittwoch den 18. Juli, Morgens 9 Uhr, anberaumt und als Tagesordnung für dieselbe festgesetzt:

1) 2te Abstimmung über die rücksichtlich des Echterlingschen Antrags vorgeschlagene motivirte Tagesordnung; eventuell Abstimmung über die ferneren Anträge;

2) Berathung des heute eingebrachten Antrags des Abgeordneten Schütz;

3)

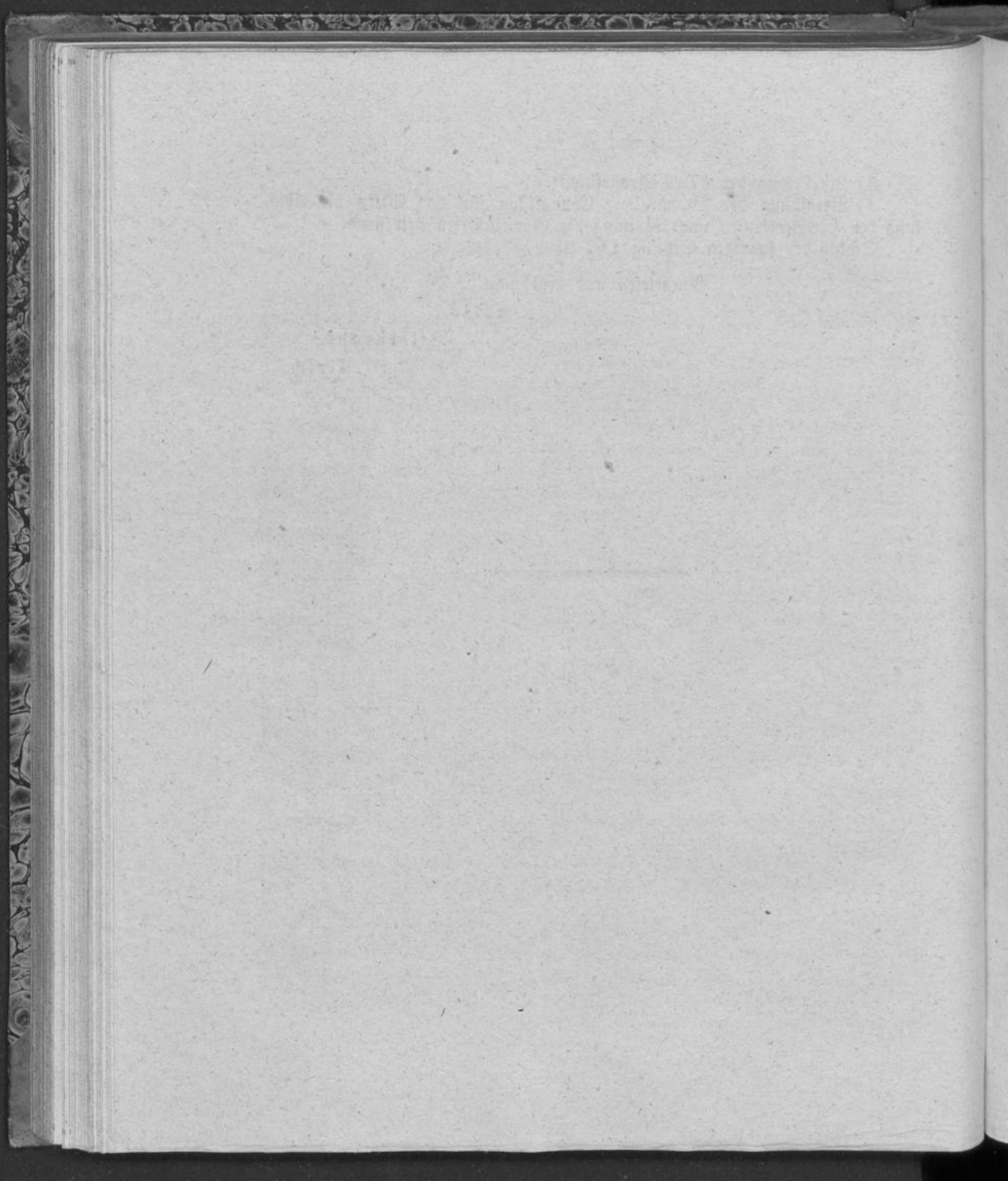
- 3) 2te Lesung der 17ten Proposition;
4) Berathung des Berichts der Commission für das Gesetz die Ablösung der Hufeservituten und Theilung der Gemeinheiten betreffend. —
Schluß der heutigen Sitzung 1 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Vorgelesen und genehmigt.

v. Cölln.

Hildebrand.

Ulrich.



Anlage 10.

B e r i c h t

über

den von Fürstlicher Regierung dem Landtage vorgelegten

Entwurf

eines Gesetzes über Gemeinheitstheilungen und Ablösung
von Hufeservituten,

erstattet von dem zur Begutachtung jenes Entwurfs erwählten,
aus den Abgeordneten

- 1) Meyer,
- 2) Schütz,
- 3) Oberbracht,
- 4) Klocke,
- 5) Stückmann,
- 6) Schierenberg,
- 7) Petri II.

bestehenden Ausschüsse.

Berichterstatter: Petri II.

Der von Fürstlicher Regierung dem Landtage vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über Gemeinheitstheilungen und Ablösung von Hufeservituten bezieht sich auf Gegenstände, deren Erledigung so allgemein als Bedürfnis bezeichnet und anerkannt ist, daß eine Erörterung darüber hier nicht an der Stelle seyn kann. Nachdem an den verschiedenen, seit 1839 abgehaltenen, Landtagen in Eingaben der Landesbewohner und in ständischen Desiderien der dringende Wunsch nach Erlassung eines solchen Gesetzes vielfach kund gegeben war, hat Fürstliche Regierung seit mehreren Jahren umständliche Untersuchungen zur Klarstellung der Verhältnisse eintreten lassen und von ver-

schiedenen Sachkundigen Gutachten eingezogen, um auf solche Weise die in der Sache selbst liegenden bedeutenden Schwierigkeiten zu entfernen. Die Vorlage des Gesetzes erscheint demnach als eine Erfüllung jener Wünsche und der vielfach gegebenen Zusicherung, daß Fürstliche Regierung dieselben in reifliche Erwägung ziehen wolle, und es kann nur noch Aufgabe des Landtags seyn, die Bestimmungen des Gesetzes einer sorgsamten Prüfung zu unterwerfen.

Wenn hiernach die Commission es für unzweifelhaft ansieht, daß das Gesetz an sich nothwendig und verdienstlich sey, so hat sie doch gegen die Ordnung des Materials, gegen die Eintheilung desselben und gegen die Fassung mancher Bestimmungen des Gesetzentwurfes vielfache Bedenken gehabt und durch diese sich veranlaßt gesehen, denselben einer Umarbeitung zu unterwerfen und bei ihren Berathungen der Ordnung dieses neuen Entwurfes zu folgen. Da der Herr Regierungscommissar sich mit dieser neuen Formirung einverstanden erklärt hat, so empfiehlt die Commission umsomehr, ihren Entwurf bei der landtägigen Berathung zu Grunde zu legen. Eine Nachweisung der formellen Verschiedenheit beider Entwürfe scheint nicht erforderlich zu seyn, weil sie bei einer Vergleichung derselben sich von selbst ergibt, es ist aber dadurch, daß den §§. des Commissionsentwurfes die Nummern der entsprechenden §§. des Regierungsentwurfes in () beigesezt sind, Sorge dafür getragen, einen raschen Ueberblick über die gesammten formellen Aenderungen zu gewinnen. Zugleich aber ist hierdurch eine Vergleichung des Inhalts der beiderseitigen §§. so sehr erleichtert, daß es auch nicht für erforderlich gehalten werden kann, diejenigen Punkte einzeln hervorzuheben, in denen der Commissionsentwurf von dem vorgelegten Gesetzentwurfe Fürstlicher Regierung abweicht, wie es denn auch am zweckmäßigsten geschehen hat, die Motivirung dieser Abweichungen bei der Discussion des Gesetzes zu geben.

Nur über Einen Gegenstand desselben muß die Commission sich hier einige Bemerkungen erlauben; es ist dies die Theilung der Gemeinheiten.

Schon durch die Verordnung vom 24. April 1777 ist das Vortheilhafte der Gemeinheitstheilungen hervorgehoben; sie sind den Dorfschaften gestattet und durch verschiedene, in jenem Gesetze ausgesprochene Begünstigungen empfohlen. Zwar ist dieses Gesetz durch eine Verordnung vom 7. Juni 1808 suspendirt worden, weil sich gegen die Theilungen zu viel Widerspruch erhoben habe, und es daher zunächst einer gesetzlichen Vorschrift zur Beseitigung dieses Widerspruchs bedürfe; es sind aber, ungeachtet eine solche nie erfolgt ist, die meisten Gemeinheiten des Landes unter Oberleitung und Entscheidung Fürstlicher Regierung bereits zur Theilung heran-

herangezogen und es wird demnach nur ein verhältnißmäßig kleiner Rest seyn, bei welchem den Interessenten der, trotz der Zweckmäßigkeit jener Leitung an und für sich nicht zu verkennende, Nachtheil einer gesetzlichen Regulirung zu Theil wird.

So unleugbar es ist, daß die meisten derartigen Hauptflächen durch Cultivirung zu einem höhern Ertrage zu bringen sind, und daß demnach die Gemeinheitstheilungen im Allgemeinen für nützlich zu halten sind und den Interessenten Vortheil bringen, so wenig hat die Commission doch auch verkennen dürfen, daß einer zahlreichen, stets in der Steigerung begriffenen Klasse der Landesbewohner, den Einliegern, mit Ausführung jener Theilungen oft ein empfindlicher Nachtheil zugefügt wird. Obwohl sie zu den dinglich berechtigten Gemeindegliedern nicht gehören und daher auch bei den bisherigen Theilungen stets leer ausgegangen sind, so ist doch auch anderseits bekannt, daß in dem Edicte vom 21. Januar 1783 S. 17 und 18 und in der Verordnung vom 25. März 1788 ihnen die Befugniß zum Betriebe der Hude unter gewissen Voraussetzungen gegeben wird und sie thatsächlich durch Austreiben ihres Viehes von der Hude einen Nutzen gezogen haben, welcher mit Theilung derselben sofort wegfällt.

Es kann nun nicht daran gedacht werden zu ihren Gunsten diese Theilung ganz zu untersagen oder ihnen eine gewisse Fläche der Gemeinheit — wie dies im benachbarten Preussischen gebräuchlich seyn soll und auch im hiesigen Lande schon Nachahmung gefunden hat — zur weitem Ausübung der Hude gesetzlich zu überweisen: denn das verstieße nach dem Erachten der Commission gegen die Gerechtigkeit, ohne für alle Fälle zweckdienlich zu seyn; aber es wird gestattet seyn die Ausführung der Theilung zu erschweren, und zwar in einer Weise zu erschweren welche, mit allgemeinen Rechtsprincipien im vollkommensten Einklang stehend, im Wesentlichen nur die Garantie einer besonnenen Prüfung zu verschaffen bestimmt ist.

Aus dieser Erwägung ist mit Ablehnung der von Fürstlicher Regierung aufgestellten entgegengesetzten Principien die Fassung des 19ten S. hervorgegangen.

Im Uebrigen ist nur noch darauf aufmerksam zu machen, daß der 3te Satz des 3ten S. des Regierungsentwurfes als unnöthig oder zu Mißdeutungen führend, der S. 47, die SS. 52 und 53 und der S. 70 dagegen als unzweckmäßig von der Commission ganz weggelassen sind. Die SS. 52 und 53 haben zwar nach Erläuterung des Herrn Regierungskommissars nur den Zweck, Fürstlicher Rentkammer es möglich zu machen, kleinen Stättebesitzern und Einliegern Waldblößen, welche vorzugsweise zur Cultivirung sich eignen zu solchem Zwecke auszuweisen, ohne die ganze Hude

des Districts ablösen zu müssen, indeß hat die Commission die Fassung der SS. doch für so unbestimmt gehalten, daß sie dieselben zur unbedingten Annahme nicht empfehlen kann.

Indem die Commission hiemit den von ihr ausgearbeiteten Gesetzentwurf mit den Minoritäts-Grachten überreicht, erlaubt sie sich schließlich zu bemerken, daß die oben angezogenen Gesetze wegen Theilung der Gemeinheiten, von denen das erste nur bis zum Erlaß eines allgemeinen Gesetzes suspendirt ist, also mit dem jetzt zu berathenden neuen Gesetze jedenfalls insoweit wieder ins Leben treten würde, als die Gemeinheits-Interessenten nunmehr die in den SS. 2 und 3 für den Fall der Theilung ihnen zugesicherten außerordentlichen Vergünstigungen würden ansprechen können, und als durch §. 5 die Beamten verpflichtet werden auf Beförderung der Theilungen hinzuwirken, — durch eine ausdrückliche Erklärung aufzuheben waren, und sie daher sich veranlaßt gefehlt hat einen Zusatzparagraphen, welcher im Regierungsentwurfe sich nicht findet, zur Annahme vorzuschlagen.

Der Druck des Berichts und des Entwurfes ist nothwendig.

Petri. Klocke. J. Schütz. Schierenberg.

Meyer jedoch vorbehältlich seiner Separat-Gutachten und Anträge.

Oberbracht desgleichen.

Stuckmann desgleichen.

G e s e z

über

Gemeinheitstheilungen und Hudeablösungen.

I. Abschnitt.

Allgemeine Bestimmung des Objects; Behörden; Regeln der gerichtlichen Verhandlung; Provocationsrecht *).

§. 1. (1 und 13.)

Ueber die Theilung der sogenannten Gemeinheiten, so wie über die Ablösung der vermöge eines dinglichen Rechtes auf fremdem Grund und Boden stattfindenden Hudeberechtigungen gelten fortan die nachfolgenden gesetzlichen Bestimmungen, welche, so weit sie nicht ausreichen, durch analoge Anwendung des Ablösungsgesetzes vom 4. Sept. 1838 und der Verordnung vom 23. März 1841 zu ergänzen sind.

§. 2. (27. 28.)

Patrimonialgüter der Städte und Flecken, auf denen die Hude nicht vermöge eines privatrechtlichen Titels, sondern vermöge des Gemeindebürgerrechtes ausgeübt wird, sind von diesem Gesetze ausgeschlossen. Das Eigenthum derselben steht der Gemeinde als moralischen Person zu.

Wenn jedoch von dem Einen oder Andern die Hude auf denselben vermöge einer Servitut oder eines sonstigen dinglichen Rechtes ausgeübt wird, so können beide Theile die Ablösung beantragen und gelten alsdann die Bestimmungen dieses Gesetzes. Die Abfindung muß auf Verlangen des Berechtigten mit Grund und Boden geleistet werden.

§. 3.

Anmerkung. Die in () beigesezten §§. sind die des Regierungsentwurfs.

§. 3. (12. 11.)

Die obere Leitung der Gemeinheitstheilungs- und Hudeablösungsfachen steht der durch den §. 73 der Ablösungs-Ordnung ins Leben gerufenen Ablösungscommission zu, welche daher namentlich die in Frage kommenden Berechtigungen klarstellen zu lassen, die nöthigen Vermessungen und Abschätzungen anzuordnen und die Auseinandersetzung in zweckmäßigster Art zu bewirken, alle Streitigkeiten, mit Ausschluß der zur gerichtlichen Verhandlung zu verweisenden, zu entscheiden und die nöthigen Anordnungen wegen der anzulegenden Wege und Abzugsgräben, so wie wegen Vertheilung und Aufbringung der Kosten zu treffen hat.

§. 4. (78. 80. 79.)

Der Antrag auf Theilung einer Gemeinheit oder auf Ablösung einer Hude, in welchem übrigens das Object und die Betheiligten genau anzugeben sind, ist jedoch ohne Rücksicht auf Exemption bei demjenigen Gerichte anzubringen, in dessen Gerichtsbezirke die zu theilende Gemeinheit oder das von der Hude zu befreiende Grundstück liegt. Erstreckt die eine oder andre sich in zwei oder mehrere Gerichtsbezirke, oder ist die Competenz des Gerichtes sonst zweifelhaft, so bestimmt die Ablösungscommission diejenige Gerichtsbehörde, bei welcher die Provocation anzubringen ist.

§. 5. (81.)

Das Gericht hat den Provocaten und die sonstigen ihm namhaft gemachten Betheiligten Behufs Abgabe ihrer Erklärung zu einem Termine vorzuladen. Im Fall einer Betheiligung Fürstlicher Rentcammer ist dieselbe von dem angeetzten Termine zeitig zu benachrichtigen, damit sie sich in demselben durch einen Bevollmächtigten vertreten lassen könne.

§. 6. (82. 83. 84. 10.)

Ergiebt sich in diesem Termine, daß die Berechtigungen streitig sind, so müssen, falls nicht eine Vermittelung oder ein Compromiß zu bewirken ist, diese Streitigkeiten mit Ausnahme des im §. 44 gedachten Falles zur gerichtlichen Entscheidung verwiesen werden; ergeben sich dagegen solche Streitigkeiten nicht oder sind sie der Art, daß unbeschadet der streitigen Rechte mit der Theilung oder Ablösung vorgeschritten werden kann, so hat das Gericht die Verhandlungen zur weitem Verfügung an die Ablösungs-Commission einzusenden, welche dann dem Gerichte oder einem zu ernennenden Commissarius die Instruction der Sache aufträgt.

§. 7. (96. 87. 5.)

Die Instruction geschieht in der Regel mündlich zu Protocoll. Das Hauptaugenmerk ist darauf zu richten, daß die in Betracht kommenden Berechtigungen vollkommen klar gestellt werden. Zu dem Ende sind gleich Anfangs

fangs durch das Regierungs- und Anzeigeblatt und in sonst üblicher Weise Edictalladungen mit Bestimmung einer dreimonatigen Präjudicialfrist für alle etwa betheiligte Personen zu erlassen, nach deren Ablauf die Präclusion aller nicht angemeldeten Rechte auszusprechen und durch das Regierungsblatt bekannt zu machen ist. Eine Restitution findet nur aus erheblichen Gründen und auf alleinige Kosten des darum Nachsuchenden, keinesfalls aber noch dann statt, wenn die Theilung bereits vollzogen, d. h. den Einzelnen ihr Antheil nach §. 53 überwiesen ist.

§. 8. (2. 96.)

Die Behörden haben bei vorkommenden Streitigkeiten thunlichst auf gütliche Auseinandersetzung hinzuwirken und Anträge, welche eine solche zu erzielen bestimmt sind, zu berücksichtigen (v. §. 54.)

§. 9. (95. 94. 96.)

Sämmtliche Fristen sind peremptorisch. Das Verfahren ist an die strengen processualischen Regeln nicht gebunden und, unbeschadet des vollständigen rechtlichen Gehörs und gründlicher Untersuchung möglichst zu beschleunigen.

Gegen den Ungehorsam einer Partei ist mit den geeigneten Mitteln, namentlich durch Androhung und Realisirung von Rechtsnachtheilen, einzuschreiten.

§. 10. (86.)

Ueber etwaige, im Laufe der Verhandlungen sich ergebende, nicht zur gerichtlichen Entscheidung zu verweisende Anstände und Irrungen, welche nicht auf gütlichem Wege beigelegt werden können, ist mit Einsendung der Acten zur Entscheidung derselben an die Ablösungs-Commission zu berichten.

§. 11. (85.)

Gegen Verfügungen der Unterbehörden oder des ernannten Commissarius (§. 6) steht der Recurs an die Ablösungs-Commission frei. Derselbe muß binnen einer Nothfrist von 10 Tagen nach Publication der betreffenden Verfügung, oder wenn sie nicht publicirt ist, nach Insinuation derselben, beim Instructionsrichter angemeldet und innerhalb der nach dem Ablaufe dieser zehntägigen Frist zunächst folgenden 14 Tage bei der Ablösungs-Commission ausgeführt und gehörig begründet werden, widrigenfalls die angefochtene Verfügung in Kraft bleibt.

§. 12. (93.)

Gegen Verfügungen der Ablösungs-Commission steht der Recurs an die Regierung frei. Die Fristen sind die im §. 11 bestimmten. Die Recurschrift ist bei der Ablösungs-Commission einzureichen und von dieser mit den Acten an die Regierung einzusenden.

Votum des Abg. Meyer: Statt Regierung: „Obergericht“.

§. 13.

§. 13. (5. 6.)

Das Provocationsrecht steht nicht nur dem Eigenthümer, sondern auch dem erblichen Nutznießer zu.

Zeitpächter können der Gemeinheitstheilung oder der Hudeablösung nicht widersprechen, und müssen sich, wenn gegen ihren Verpächter provocirt wird, mit derjenigen Geldentschädigung begnügen und beziehungsweise dieselbe leisten, welche in Gemäßheit der Bestimmungen dieses Gesetzes ermittelt und festgestellt wird.

§. 14. (7.)

Mehrere Besitzer eines berechtigten oder verpflichteten Gutes gelten für Eine Person. Können sich dieselben über eine zu beantragende Gemeinheitstheilung oder Hudeablösung nicht einigen, so entscheidet unter ihnen die nach der Größe ihrer Antheile zu berechnende Stimmenmehrheit.

Botum des Abg. Meyer statt Stimmenmehrheit: Stimmengleichheit für die Ablösung und resp. Theilung.

§. 15. (9.)

Der Procant kann, so lange die Abschätzung nicht vollzogen ist, von der Provocation zurücktreten, in welchem Falle er jedoch die sämtlichen veranlaßten Kosten zu tragen hat.

Botum der Abg. Meyer, Oberbracht, Stückmann: „solange der Provocat sich noch nicht auf die Provocation eingelassen hat.“

§. 16. (5.)

Dritten Betheiligten steht ein Widerspruchsrecht nicht zu, sie können aber innerhalb der im §. 7 bestimmten Frist ihre Rechte anmelden und deren Sicherstellung fordern.

§. 17. (58. 57.)

Der Werth der Berechtigung wird bei Gemeinheitstheilungen wie bei Hude-Ablösungen, mit Ausnahme des in den §. 25 und 31 gedachten Falles, durch Taxation Sachverständiger ermittelt.

Botum des Abg. Meyer: „falls eine Vereinbarung nicht eintritt.“

§. 18. (54. 55. 56.)

Erfolgt die Entschädigung in Gelde, so hat der Pflichtige den 25fachen Betrag des ermittelten Reinertrags in einer Summe zu zahlen, und zwar 6 Monate nach definitiver Feststellung derselben, ausgenommen im Falle des §. 30 a. E. bei Bördehuden, wo die Zahlung erst mit dem Aufhören der Hudeausübung erfolgt.

Das Huderecht selbst erlischt in allen Fällen erst mit erfolgter Zahlung.

Botum des Abg. Meyer: daß die unter Lit. B. gedachten Huden mit dem 10fachen Betrage abgelöst werden sollen, jedoch nur für den Fall, daß sein principaler Antrag auf unentgeltliche Aufhebung derselben in der Minorität bleibt.

II. Abschnitt.

Specielle Bestimmungen über die Gemeinheitstheilungen und Hude- Ablösungen.

A. Gemeinheitstheilungen.

§. 19. (8. 18.)

Die Theilung einer Gemeinheit kann nur durch eine Stimmenmehrheit von $\frac{2}{3}$ sämtlicher hierbei berechtigter Interessenten (vgl. §. 21), welche unter Angabe des Zwecks der Berathung und unter dem Rechtsnachtheile, daß die Nichterscheinenden als der Mehrzahl beistimmend angesehen werden sollen, zu der abzuhaltenden Dorfsversammlung gehörig vorgeladen sind, beschlossen werden. Die Nichterscheinenden werden, als der Mehrzahl beistimmend, mitgezählt. Die Versammlung ist jedoch nur beschlußfähig, wenn die Hälfte aller Interessenten sich eingefunden hat. Steht eine Stimme mehreren Personen gemeinschaftlich zu, so kommt der §. 14 zur Anwendung. Meyer und Oberbracht stimmen dafür, daß die Theilung durch einfache Stimmenmehrheit beschlossen werden könne und im Fall der Stimmengleichheit dieselbe für beschlossen zu gelten habe.

§. 20. (19.)

Die Abfindung der Berechtigten erfolgt nach Maßgabe ihrer Nutzungsrechte, unter Berücksichtigung der sonstigen, dem berechtigten Gute auf fremdem Grund und Boden oder einer andern Gemeinheit zustehenden Hudenutzungen.

§. 21. (24 und 25.)

Solche Gemeinheiten, welche zugleich zur Holzanzucht durch Bepflanzung, ohne Hainungsrecht (Potterei) benutzt werden, können sowohl auf Antrag der Pottereiberechtigten wie der Hudeberechtigten getheilt werden. (Vgl. §. 19).

Die Pottereiberechtigten erhalten zur Abfindung die Hälfte des Grund und Bodens, auf welchem ihre Potterei steht, beziehungsweise einen, dieser Hälfte gleichzuachtenden, anderweiten Theil der zu theilenden Gemeinheit.

§. 22. (26. 72. 73.)

Der den Hudeberechtigten zur Abfindung zu überweisende Flächenraum ist von den Sachverständigen mit möglichster Schonung der noch nicht haubaren Bestände, zugleich aber mit Rücksicht auf Lage und Bodenbeschaffenheit, auf die vorhandenen Holzbestände und die Lage des abzufindenden Hofes zu ermitteln, und in einer von den Sachverständigen zu bestimmenden Frist abzuholzen. Das Holz verbleibt, in sofern keine andre Uebereinkunft zu Stande kommt, dem Eigenthümer. Ist dasselbe jedoch noch nicht haubar, so

so kann der Hudeberechtigte fordern, daß es ihm gegen Bezahlung des, durch die Sachverständigen zu ermittelnden, Verkaufspreises überlassen wird.

Das Votum der Abg. Meyer, Schierenberg, Stuckmann geht dahin, daß der Hudeberechtigte dies auch in dem Falle soll fordern können, wenn das Holz schon haubar ist.

§. 23. (20.)

Wenn mehrere Gemeinden oder neben einer Gemeinde auch eine herrschaftliche Meierei, oder ein Gut, oder mehrere Güter zur Hude auf einer Gemeinheit berechtigt sind, so muß eine Generaltheilung vorhergehen. Bei dieser kommen gleichfalls diejenigen Huden in Anrechnung, welche den Berechtigten anderweit auf fremdem Grund und Boden oder einer andern Gemeinheit zustehen.

§. 24. (22.)

Bei einer ungleichen Bodengüte ist die zu theilende Fläche zuvor abzuschätzen und in entsprechende Klassen zu bringen (zu bonitiren).

§. 25. (23.)

Die nöthigen Wege, Gräben und Abzugscanäle sind in zweckmäßigster Weise anzulegen, worüber die Ablösungscommission, vorbehaltlich des Recurses an die Regierung, entscheidet.

§. 26. (21.)

Finden auf einer Gemeinheit sonstige dingliche Berechtigungen statt, z. B. das Recht des Plaggenhiebs und Haideemähens, das Recht, Torf zu stechen und Lehm zu graben, so steht den Berechtigten zwar nicht das Recht der Provocation und des Widerspruchs gegen die Theilung zu, es muß aber denselben eine entsprechende Entschädigung an Grund und Boden, und zwar möglichst so gewährt werden, daß die specielle Benutzungsweise auch fernerhin auf dem Abfindungstheile stattfinden kann.

Votum des Abg. Meyer: „und zwar so gewährt werden, daß sie durch die Theilung nicht gehindert sind, die hergebrachte Berechtigung auszuüben.“

B. Koppelhuden, Vor- und Nachhuden, Hude auf Brach- und Stoppelfeldern.

§. 27. (29. 30.)

Die Hude, welche durch die Gemeindeheerde in der Feldflur der betreffenden Gemeinde ausgeübt wird, unterliegt den Anordnungen der Gemeindebehörde.

Die Hude, welche einzelne Mitglieder einer Gemeinde wechselseitig auf ihren Grundstücken ausüben, kann durch Beschluß der Mehrzahl aufgehoben werden.

Der Grundeigenthümer soll jedoch durch diese Huden in der möglichst vortheilhaften Benutzung seines Grundeigenthumes nicht gehindert werden und
nament-

amentlich befugt sein, ein Ackergrundstück in einen Garten, in eine Wiese oder in einen Hudekamp zu verwandeln oder dasselbe behufs eines andern öconomischen oder technischen Zweckes einzufriedigen. In allen diesen Fällen ruht die Ausübung der Hude ohne Entschädigung so lange, bis der Grund der Befreiung wieder wegfällt.

§. 28. (31.)

Wenn mehrere Gemeinden oder Grundbesitzer verschiedener Gemeinden ihre Feldfluren wechselseitig behüten, so sind beide Theile (nämlich jede Gemeinde und beziehungsweise die Grundbesitzer jeder der verschiedenen Gemeinden für sich) berechtigt, aus dieser Gemeinschaft auszuschneiden, und die Hude im Bereiche ihrer Feldmark allein auszuüben. Sollte der eine oder andere Theil hierbei Schaden leiden, so kann er von demjenigen, welchem erweislich Vortheil daraus erwächst, Entschädigung in Gelde fordern.

Meyer und Stückmann beantragten die §§. 27 und 28 zu streichen und statt dessen zu bestimmen: wechselseitige Koppelhuden sind aufgehoben, wodurch jedoch die Vereinbarung über deren Fortbestand nicht ausgeschlossen wird.

§. 29. (32. 33.)

Die auf Wiesen und in geschlossenen Kämpfen stattfindende Vor- und Nachhude, kann sowohl auf Antrag des Berechtigten, wie des Verpflichteten, abgelöst werden. Die Entschädigung wird nach den im §. 31 enthaltenen Bestimmungen in Gelde geleistet.

§. 30. (34. 36. 37. 39.)

Die in den Feldfluren auf Stoppel- und Brachfeldern, vermöge einer Servitut, stattfindende Hudeberechtigung, ist gleichfalls mit Gelde ablöslich, jedoch nur auf Antrag des Verpflichteten.

Erstreckt sich dieselbe über die ganze Feldmark einer Gemeinde oder über einen großen Theil derselben, so muß auf Verlangen des Berechtigten die Ablösung von den Besitzern sämtlicher hudepflichtiger Aecker bewirkt werden. Erstreckt sich dieselbe jedoch über die Feldfluren mehrerer Ortschaften (zogen. Bördehuden) und der Berechtigte muß in Folge der Ablösung nachweislich seinen Wirthschaftsbetrieb ändern, so kann er verlangen, daß ihm die Hude nach Festsetzung der Entschädigungssumme noch einige Zeit, jedoch höchstens 6 Monate, belassen wird.

Die Abgeordneten Meyer und Oberbracht erklärten sich dahin, daß auch dann, wenn der Hudeberechtigte in Folge der Ablösung seinen Wirthschaftsbetrieb ändern muß, die Hude mit Festsetzung der ihm zu zahlenden Summe sofort aufhören müsse.

§. 31. (38. 35.)

Bei Ablösung der in den §§. 27. 28. 29. 30. gedachten Huden, wird die Entschädigungssumme nicht durch Sachverständige mittelst Taxation ermittelt, sondern es gelten darüber folgende Bestimmungen:

1) Ein halbes Contributionsimplum wird als jährlicher Reinertrag

2 *

fest-

festgesetzt für diejenigen Ackerländereien, auf denen die Hude von beendigter Erndte bis alten Maitag (12 Mai) ausgeübt werden darf.

2) Ein ganzes Contributions-simplum wird festgesetzt für diejenigen Wiesen und Huden, auf welchen die Hude von alten Michaelis (10. Oct.) bis alten Maitag (12. Mai) ausgeübt werden darf.

3) Bei Huden, welche nur von alten Michaelis bis Liebfrauen (21. März) ausgeübt werden dürfen; wird die Hälfte obiger Ansätze genommen.

4) Bei Huden, welche eine andre Zeit wie die zu 1) und 2) gedachte, umfassen, wird nach obigen Sätzen die Entschädigung ermittelt.

Hat der Grundeigenthümer die Vor- oder Mithude, so kommen obige Ansätze nur halb zur Berechnung.

Da wo nicht das Landescataster eingeführt ist, ist unter Vergleichung der bei Anlegung des Landescatasters befolgten Grundsätze mit den bei Anlegung jenes andern Catasters befolgten, das Contributions-simplum durch Sachverständige so zu bestimmen, wie es nach ersteren sich herausstellen würde.

Meyer trägt darauf an die in dem §. angesetzten Preise auf die Hälfte herabzusetzen. Petri II.: sie auf das Doppelte zu setzen.

§. 32. (40.)

Verbleibt dem Berechtigten die Hude auf hinterwärts belegenen Grundstücken, so müssen deren Besitzer, falls sie ihm einen etwa unumgänglich nothwendigen Tristweg nicht verschaffen, die Hude ablösen.

Der Abgeordnete Meyer trägt auf Streichung der §§. 29. 30. 32. an, und sei statt dessen zu setzen: „die Vor und Nachhude auf fremdem Grundbesitz ist, falls solche nicht erweislich durch einen mit dem Eigenthümer des belasteten Grundstücks abgeschlossenen Vertrag erworben ist, in welchem Falle die im §. 31 fixirte Entschädigung anforderbar ist, ohne Entschädigung aufgehoben.“

Meyer und Stuckmann beantragten (eventuell) den §. 30 zu streichen und statt desselben zu setzen: „die vermöge einer Servitut behaupteten Hudeberechtigungen auf Stoppel- und Brachfeldern, sowie auf Wiesen, sind ohne Entschädigung aufgehoben, falls solche nicht zc.“ wie oben.

Meyer, Stuckmann, Locke, (eventuell): die sogenannten Bördehuden (Vor- und Nachhude mit Schaafen auf fremdem Grundbesitz) sind ohne Entschädigung aufgehoben, falls solche nicht zc.“ wie oben.

C. W a l d h u d e.

§. 33. (41 — 43.)

Die sogenannte Waldhude findet sowohl in Forsten oder Holzungen mit Hainungsrecht, als auch in solchen ohne Hainungsrecht statt.

In beiden Fällen steht nur dem Forstherrn das Provocationsrecht zu, ausgenommen, wenn nach dem Gutachten der Sachverständigen die Ablösung ohne wesentlichen Nachtheil für den Forstherrn sich ausführen läßt, oder das Huderecht durch die fortschreitende Forstkultur mit einer sehr erheblichen Beeinträchtigung bedroht wird.

Wenn

Wenn Mehrere in demselben Reviere Hudeberechtigt sind, so kann ein von ihnen ausgehender Antrag auf Ablösung nur berücksichtigt werden, wenn die einfache Stimmenmehrheit sich dafür erklärt hat.

Steht die Hude einer Gemeinde zu, so entscheidet die nach den Vorschriften des §. 19 zu ermittelnde Stimmenmehrheit. Sind mehrere Gemeinden berechtigt, so wird die Ablösung nur dann als beschloffen angenommen, wenn die Mehrzahl der Gemeindebeschlüsse sich für dieselbe erklärt hat; bei etwaiger Stimmengleichheit giebt diejenige Gemeinde den Ausschlag, welche die stärkste Berechtigung hat.

Abgeordneter Meyer stimmt dafür, daß im Anfange des §. die Worte „ohne Hainungsrecht“ gestrichen werden.

§. 34. (44. 45. 48. 71.)

Die Abfindung der Hudeberechtigten erfolgt mit Grund und Boden und zwar in der Art, daß ihnen ein solcher Flächenraum zu Eigenthum überwiesen wird, welcher dem Viehe so viel Nahrung gewährt, als die bisherige Hude im Walde. Dabei ist jedoch nicht bloß die Menge, sondern insbesondere auch die Güte der Nahrungsmittel in Betracht zu ziehen. Hinsichtlich der Ausmittlung des Antheils der Hudeberechtigten haben die Sachverständigen die Vorschriften des §. 26 zu beachten und übrigens namentlich die vorhandenen Blößen zur Abfindung anzuweisen.

Abgeordneter Meyer: „die Abfindung erfolgt im Verhältniß des Nutzens, welchen die Hude und die Holzanzeit nach dem Gutachten Sachverständiger gewährt haben.“

§. 35. (46. 71.)

Bei Ermittlung desselben ist übrigens ein mittelmäßiger Forstculturzustand als maassgebend anzunehmen. Die in Hainung liegenden Flächen bleiben außer Anschlag und ist dafür jeden Falls $\frac{1}{10}$ des der Hude unterworfenen Forstreviers abzusetzen, wenn nämlich die Hainungen nicht so viel betragen sollten. Eben so bleiben bei Forstrevieren, welche mit permanenter Hude belastet sind, die zu deren Bepflanzung bisher unterhaltenen oder nach dem Urtheile der Sachverständigen erforderlichen Baumschulen (Eichelkämpfe) außer Ansat.

§. 36. (50. 51.)

Findet in einem mit Eichen oder Buchen bestandenen Forstreviere zugleich Mastberechtigung statt, so verringert diese den Werth der Hude, in so fern dieselbe während der Mastzeit nicht ausgeübt werden darf.

Der Mastberechtigte, welchem übrigens kein Prevocationsrecht zusteht, erhält, wenn er nicht zugleich der Forstherr ist, von diesem eine dem Reinertrage seiner Berechtigung entsprechende Geld-Entschädigung. Bei Festsetzung derselben ist der durchschnittliche Ertrag der zuletzt verflossenen 24 Jahre zum Grunde zu legen.

D. Un-

D. Ungewisse Eigenthumsverhältnisse.

§. 37.

Sollte bei einer Hudefläche, welche zugleich zu Holzanpflanzung (ohne Hainungsrecht) benutzt wird, ungewiß sein, wem das Eigenthum derselben zusteht, so gelten, wenn nicht innerhalb der zu bestimmenden Frist die Eigenthumsfrage bei Gericht anhängig gemacht wird, wegen Theilung derselben die in den §§. 19 und ff., insbesondre 25. 26 aufgestellten Regeln.

III. Abschnitt.

Ausmittlung der Sachverständigen; allgemeine Regeln für dieselben; Vorschriften des Verfahrens.

§. 38. (58. 59.)

Die Ablösungs-Commission hat zum Zweck der Bildung eines Generalverzeichnisses der Sachverständigen des Landes den Districtsbehörden aufzugeben, nach Rücksprache mit dem Gemeinderathe resp. den Stadtverordneten die nach §. 86 des Ablösungs-Gesetzes vom 4. Sept. 1838 für qualificirt zu haltenden Landwirthe ihres Bezirks der Ablösungs-Commission namhaft zu machen. Aus der Zahl sämtlicher auf solche Weise ermittelten Sachverständigen wählt jede Partei einen, die Ablösungs-Commission den dritten.

Die Abgeordneten Schüz, Oberbracht, Petri II. stimmen dafür, statt des letzten Satzes folgende Bestimmung zu treffen: „Aus der Zahl sämtlicher auf solche Weise ermittelten Sachverständigen schlägt die Ablösungs-Commission in jedem einzelnen Falle den Parteien 9 vor, und gestattet einer jeden Partei 3 davon zu verworfen. Wird von jenem Rechte innerhalb der gesetzten Frist kein Gebrauch gemacht, so bestimmt die Ablösungs-Commission diejenigen drei Landwirthe, welche mit dem Geschäfte zu beauftragen sind.“

§. 39. (60.)

Bei der Ablösung von Walbhuden ist den 3 Landwirthen eine gleiche Anzahl Forstverständiger beizuzurechnen.

§. 40. (61. 62. 63.)

Als Forstverständige sind zu betrachten:

- a) alle, welche auf Forstbildungsanstalten die Forstwissenschaft erlernt und eine Staatsprüfung bestanden haben;
- b) diejenigen, welche ein Forstrevier von wenigstens 200 Schfls. für die Landesherrschaft, für sich, für Gemeinden oder für Andre selbstständig verwalten.

Ausländer können jedoch nur dann als Sachverständige zugelassen werden, wenn sie eine Staatsprüfung bestanden haben und der Verwaltung eines Forstes vorstehen.

Die

Die Ermittlung der Forstverständigen des Landes und die Auswahl aus der Zahl derselben für den einzelnen Fall geschieht nach der im §. 39 angegebenen Weise; es steht jedoch jeder Partei frei, einen nach §. 39 lit. b. für qualificirt zu haltenden auswärtigen Sachverständigen statt eines einheimischen vorzuschlagen.

§. 41. (64. 65.)

Die Sachverständigen dürfen bei dem ihrer Beurtheilung unterstellten Falle nicht betheiligt, auch in keinem Dienst- oder so nahen Verwandtschaftsverhältnisse zu den Parteien stehn, daß sie als Zeugen verdächtig sein würden.

Der Umstand, daß ein Sachverständiger anderswo und andern Parteien gegenüber hudeherrechtigt ist oder hudepflichtige Grundstücke besitzt, schließt seine Wahl nicht aus.

§. 42. (66. 68. 88.)

Die Sachverständigen werden von der Ablösungscommission mit angemessener Instruction versehen (gegen welche jedoch die Parteien Erinnerungen vorbringen können) und auf dieselbe beeidigt. Die Sachverständigen haben sich, in so weit es zur richtigen Abschätzung des in Frage stehenden Rechtes und der dafür zu leistenden Entschädigung erforderlich ist, mit den örtlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen genau bekannt zu machen, auch zu dem Ende die etwa vorhandenen schriftlichen Nachrichten, Charten, Pachtanschläge, Register u. s. w. einzusehn.

§. 43. (67.)

Die Betheiligten sind verpflichtet, derartige in ihren Händen befindliche Papiere auf erstes Verlangen den Sachverständigen mitzutheilen und ihnen auch sonst jeden wünschenswerthen Aufschluß zu geben.

§. 44. (69. 89.)

Ist eine Vermessung oder Chartirung der zu theilenden Fläche erforderlich, so ist dieses vorab zu befördern. Vereinigen sich die Parteien nicht auf einen damit zu beauftragenden Geometer, so hat die Ablösungs-Commission einen solchen zu bestimmen.

§. 45. (68. 15.)

Wenn nur die Anzahl des aufzutreibenden Viehes streitig ist, nicht aber das Recht selbst, so ist, wenn nicht der Berechtigte innerhalb der ihm vorzuschreibenden Präjudicialfrist auf den Weg Rechts provocirt, die Anzahl des Viehes nach dem Bedürfniß und den wirtschaftlichen Verhältnissen des berechtigten Gutes (bez. Gemeinde) in seinem aus dem Cataster sich ergebenden ursprünglichen Bestande mit Berücksichtigung der nahen oder entfernten Lage desselben und der sonstigen auf fremdem Grund und Boden oder
andern

andern Gemeinheiten demselben zustehenden Hudenutzungen durch Sachverständige zu ermitteln und festzustellen.

Bei Hudeberechtigungen mit verschiedenem Vieh werden 1 Pferd, 10 Schaafe, 8 Schweine, 18 Gänse 2 Rinder einer Kuh gleichgerechnet, 2 Fohlen einem Pferde.

Das Saugvieh kommt gar nicht in Ansatz.

§. 46. (3. Abs. 4.)

Die Sachverständigen haben etwaige Gegenleistungen des Berechtigten zu taxiren und von dem Werthe der Hude abzusetzen.

§. 47. (74.)

Der Ablösungs-Commission bleibt es vorbehalten, auch ohne Antrag der Parteien den Sachverständigen in einzelnen Fällen noch eine besondere Instruction zu geben, welche jedoch den Parteien ebenfalls zur Vorbringung etwaiger Erinnerungen mitzutheilen ist.

Auch wird dieselbe auf desfallsigen Bericht der Sachverständigen bei sich ergebenden Zweifeln und Ungewisheiten das Geeignete verfügen.

§. 48. (75.)

Die Sachverständigen reichen ein gemeinschaftliches, mit Gründen unterstütztes Gutachten ein. Im Fall einer Meinungsverschiedenheit hat der Einzelne seine abweichende Meinung besonders zu entwickeln und gehörig zu begründen.

§. 49. (76.)

Bei Abschätzungen muß das Resultat in bestimmten Zahlen angegeben werden, aus welchen sodann um den wirklichen Werth zu finden der Durchschnitt genommen wird.

§. 50. (90. 77. 91.)

Das Gutachten oder die Schätzung wird den Parteien eröffnet, welchen es unbenommen bleibt, innerhalb der ihnen zu bestimmenden Präjudicialfrist ihre Erinnerungen dagegen vorzubringen und eine abermalige Begutachtung oder Abschätzung durch Sachverständige zu beantragen, deren Auswahl alsdann in der vorgeschriebenen Weise von der Ablösungs-Commission angeordnet wird. Denselben sind neben ihrer Instruction die frühern Gutachten und alle einschlagenden Verhandlungen zur Kenntnißnahme mitzutheilen.

§. 51. (92.)

Das Gutachten dieser zweiten Sachverständigen wird den Parteien ebenfalls eröffnet, es finden aber alsdann keine Anträge auf nochmalige Begutachtung mehr statt.

§. 52. (97.)

Ist das Verfahren so weit gediehen, daß zur Theilung oder Auseinander-

besetzung selbst geschritten werden kann, so ist der Plan dazu auszuarbeiten und den Betheiligten in einem anzusehenden Termine zur Erklärung darüber vorzulegen. Werden Ausstellungen dagegen vorgebracht, welche sich nicht in der Güte beseitigen lassen, so ist mit Einsendung der Acten darüber an die Ablösungs-Commission zu berichten.

§. 53. (98.)

Nach erfolgter Entscheidung ist mit der Auseinandersetzung selbst in zweckmäßigster Weise zu verfahren. In einem zu dem Ende anzusehenden Termine ist jedem der Betheiligten unter Vorlage der Charte sein Antheil an Ort und Stelle anzuweisen.

§. 54. (99. 100.)

Die Ablösungs-Commission berechnet nur in Fällen des Ungehorsams oder einer unbegründeten Beschwerdeführung, das instruirende Gericht in allen Fällen, sportelnordnungsmäßige Gebühren, welche mit Ausnahme der Expeditions-, Pedellen- und Boten-Gebühren den öffentlichen Kassen zufließen. Die Kostenverzeichnisse der Unterbehörden und die der etwa ernannten Commissarien sind von der Ablösungs-Commission festzustellen. Die Gebühren für Localtermine werden von den Beamten, die Commissionsgebühren von den Commissarien bezogen.

§. 55. (101.)

Die Kosten, welche Jemand durch Ungehorsam oder unbegründete Beschwerdeführung oder durch erfolglose Vergleichsvorschläge nach Ertheilung der Instruction an die Sachverständigen, veranlaßt, fallen ihm allein zur Last. Im Uebrigen ist es in Ansehung der Kosten so zu halten:

a) bei Theilung von Gemeinheiten mit oder ohne Potterei sind dieselben auf Hude- und resp. Pottereiberechtigten nach Maßgabe ihrer Abfindungen zu vertheilen.

b) Bei Ablösung von Hudeservituten, wofür eine Geldentschädigung gegeben wird, fallen die Kosten dem Provocanten zur Last. Derselbe kann jedoch, um die Kosten der Abschätzung zu ersparen, ein Angebot eröffnen oder eine Forderung stellen, und sollen, wenn der Provocat hierauf nicht eingeht, diesem die Kosten der Taxation zur Last fallen, wenn das Resultat derselben nicht um 10 Procent das Angebot übersteigt oder beziehungsweise unter der Forderung bleibt.

Abg. Meyer trägt darauf an, statt der Bestimmungen ad a. b. c. zu setzen:
„im Uebrigen sind die Kosten nach Verhältnis des Interesses der Betheiligten von diesen gemeinschaftlich zu tragen“;
eventuell sub. b. den Satz, von „derselbe kann jedoch“ anfangend, zu streichen.

c) Ist die Abfindung einer Walbhude für statthaft erklärt, so sind die
3 Kosten

Kosten zwischen dem Forsteigenthümer und dem Hudeberechtigten nach Maßgabe der Abfindungen zu vertheilen.

d) Wer mit der ersten Abschätzung oder Begutachtung durch Sachverständige unzufrieden ist, und eine zweite beantragt, hat die Kosten der letztern allein zu stehn, wenn die zweite Taxation nicht 10 Procent mehr, oder resp. weniger, wie die erstere ergiebt.

§. 56. (102.)

Nach beendigtem Verfahren und bewirkter Auseinandersetzung hat die Ablösungs-Commission eine Urkunde aufzusetzen, in welcher die wesentlichen Ergebnisse der Auseinandersetzung oder Ablösung zusammengestellt werden. Davon ist jedem Theile eine beglaubigte Abschrift zuzufertigen.

§. 57. (103.)

Sollte sich eine Eintragung in das Cataster, eine Löschung oder Umschreibung in demselben nöthig machen, so hat die Ablösungs-Commission solche zu befördern.

§. 58. (16.)

Die Bestellung von Hudeservituten wird bei Strafe der Nichtigkeit untersagt. Auch können dieselben durch Verjährung nicht weiter erworben werden.

§. 59.

Die Verordnungen vom 24. April 1777 und vom 7. Juni 1808 werden hierdurch aufgehoben.
